



„Innere Sicherheit ist für mich immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“

Im DP-Interview: SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist mit über 180.000 Mitgliedern die weitaus größte Arbeitnehmervertretung für Polizeibeschäftigte Deutschlands. Ihre Fach- und Mitgliederzeitschrift „DEUTSCHE POLIZEI“ (DP) erscheint mittlerweile im 66. Jahr und wird in einer Auflage von rund 182.000 Exemplaren an Mitglieder und Interessierte in Politik, Presse und Wissenschaft monatlich verteilt.

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im September hat die DP-Redaktion die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gebeten, Fragen zur Sicherheitspolitik sowie zur Inneren Sicherheit hierzulande zu beantworten. Als erster Interviewpartner steht SPD-Herausforderer Martin Schulz Rede und Antwort.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Sind Sie schon mal mit der Polizei in Konflikt geraten?

Martin Schulz: (lacht) Ja, mein Vater war Polizeibeamter. Er war im mittleren Dienst und das, was man früher Dorfpolizist nannte. Mein Vater hat seinen Beruf sehr ernst genommen. Und ich habe sehr früh gelernt, was für eine unglaublich wichtige Aufgabe Polizistinnen und Polizisten erfüllen. Sie sorgen eben nicht nur für Sicherheit, sondern auch für Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

DP: Seit Jahren wird viel über die fehlende Präsenz der Polizei im Straßenbild

diskutiert. Wie kann die Politik auf das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung wirkungsvoll reagieren?

Schulz: Mir kommt es auf die zwei Kernpunkte an. Sicherheit bekommen wir nicht dadurch, dass man nur auf gute Statistiken verweist. Ohne Frage stehen wir in Deutschland gut da. Wir sind weiterhin eines der sichersten Länder der Welt. Daran wird die tolle Arbeit unserer Polizei sichtbar. Auch mit einer beeindruckenden Aufklärungsquote. Das ist die eine Seite.

Ob sich Frauen, Männer und Kinder bei uns aber auch sicher fühlen, darüber sagen die Zahlen nichts aus. Darauf kommt es aber letztlich an. Wenn mir eine Frau sagt, dass sie sich abends nicht mehr traut, in bestimmte Gegenden zu gehen, weil sie Angst hat wegen mangelnder Beleuchtung in der Unterführung auf dem Weg von der S-Bahn, und sie von Leuten im Park angemacht wird, dann haben wir ein Sicherheitsproblem. Das reicht mir schon. Da muss nicht erst etwas aktenkundig werden. Wer Angst hat, kann nicht frei leben. Das darf nicht sein. Hier müssen alle an einem Strang ziehen: die Verantwortlichen in den Kommunen, den Ordnungsämtern, den Verkehrsbetrieben. Aber eben besonders die Polizei. In keine andere Berufsgruppe haben die Menschen mehr Vertrauen. Mir ist sehr wichtig, dass wir diesen Trumpf auch wirklich ausspielen: mit einer bürgernahen, sichtbaren und präsenten Polizei, die gut ausgebildet, anständig bezahlt und vernünftig ausgestattet ist und der man mit Respekt und Anstand begegnet.

Ich weiß, dass man dafür eine angemessene Personalstärke braucht.

Deshalb möchte ich auch, dass der gefährliche Trend hin zum Stellenabbau endgültig gestoppt wird und wieder mehr Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden. Da haben wir den Bundesinnenminister regelrecht antreiben müssen. Es war eine groteske Situation, dass Sigmar Gabriel die Initiative starten musste, bei der Bundespolizei den CDU/CSU-Rekordtiefstand beim Personal zu korrigieren. Zudem müssen wir schauen, wo wir die Kolleginnen und Kollegen entlasten können, die keine eigentliche Polizeiarbeit leisten, etwa die personalintensive Begleitung von Schwerlasttransporten. Wenn ich an die Arbeit meines Vaters denke, so würde ich mir wünschen, dass wir wieder mehr Polizei nah bei den Bürgerinnen und Bürgern haben, die ihre Leute kennen und ihr Dorf oder ihren Kiez.

DP: Warum wurde dem Thema Innere Sicherheit jahrelang in politischen Programmen so wenig Bedeutung beigemessen?

Schulz: Für mich galt das jedenfalls nie. Denn Innere Sicherheit ist für mich immer auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ich habe das in vielen Ländern der Welt gesehen: Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Vor allem lassen sich Fragen der Inneren Sicherheit eben nicht ausschließlich mit Forderungen nach Verschärfung repressiver Gesetze beantworten. Da blasen ja die üblichen Verdächtigen von der Union immer wieder die Backen auf. Aber die Kolleginnen und Kollegen der GdP werden wissen, dass das eine vergleichsweise billige Angelegenheit ist. Die tatsächliche Sicherheitslage zu verbessern, das sind dickere Bretter.

INTERVIEW



Mir sagte vor einiger Zeit einer von der GdP: „Schulz, sorg dafür, dass die Leute einen sicheren Job haben, sorg dafür, dass ihre Kinder in ordentliche Schulen gehen und was Ordentliches lernen. Dann sind wir deutlich weiter, als mit dem Gezeter in der Sicherheitsdebatte.“ Recht hat er. Sicherheit fängt für mich deshalb nicht beim Strafgesetzbuch an. Damit kommen wir immer zu spät. Eine gute Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Schulpolitik, Integrationspolitik, Kommunalpolitik – das alles hat für mich etwas mit Innerer Sicherheit zu tun.

DP: Nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 übertreffen sich nicht nur Innenpolitiker darin, Personalaufstockungen für die nächsten Jahre bei der Polizei anzukündigen. Wie würden Sie als Bundeskanzler vor allem auf die Länder nachhaltigen Einfluss nehmen? Nach Erhebungen der GdP wird 2021 noch immer viel zu wenig Polizei auf den Straßen sein... und betrachtet man die Ausbildungszeiten bei der Polizei und die Wettbewerbssituation, sieht es nicht so aus, also ob sich daran bald etwas ändert...

Schulz: Die SPD sorgt sich nicht erst seit den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht um die Personalstärke unserer Polizeien. Ich habe es eingangs gesagt. Es war grotesk, dass wir für die Aufstockung von 3.000 Stellen bei der Bundespolizei sorgen mussten. Der zuständige Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat mit seinen Unions-Kollegen die Kolleginnen und Kollegen nicht nur von einer Polizeireform zur nächsten gehetzt. CDU und CSU haben auch den Rekordtiefstand bei der Personalstärke der Bundespolizei zu verantworten. Manchmal glaube ich nicht richtig zu hören, wenn sie mit uns in die politische Auseinandersetzung gehen. Redlich ist das nicht. Wir fordern insgesamt 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern. Das habe ich auch kürzlich im Gespräch mit Oliver Malchow noch mal gesagt. Ich bin froh, dass der Abbau-trend der vergangenen Jahre gestoppt ist. Die Hinweise der GdP sind ja richtig. Damit haben wir begonnen, die Frage anzugehen. Aber, wie wir mit den neuen Lücken durch anstehende Pensionierungen umgehen, ist damit noch nicht vollständig beantwortet. Unabhängig von der offensichtlichen Notwendigkeit, mehr Beamtinnen und Beamten in den Polizeidienst zu bekommen, sehe ich aber einen Schwer-

punkt auch bei der Entlastung von sonstigen Aufgaben, die beispielsweise durch Tarifbeschäftigte übernommen werden könnten.

DP: Angesichts der bundesweit deutlich gestiegenen Fälle von Gewaltkriminalität steht zu befürchten, dass die subjektive Angst vor allem vieler älterer Bürger, die im öffentlichen Raum unterwegs sind, weiter zunehmen wird...

Schulz: Die neuen Zahlen in der PKS sind hochgradig besorgniserregend. Ich nehme das sehr ernst, weil wir eine Verrohung der Gesellschaft auf keinen Fall zulassen dürfen. Erschreckt hat mich die zunehmende Gewalt bei Jugendlichen. Hier muss konsequent mit den bestehenden Instrumenten daran gearbeitet werden, dass die Jungen und Mädchen verstehen, dass sie was Entscheidendes falsch gemacht haben. Wenn zwischen Tat und Gerichtsver-

Hier ist es aber auch so, dass man zukünftig sicher einiges besser machen kann. In den Bereichen der organisierten Kriminalität, der Bandenkriminalität, aber auch bei der Terrorabwehr dürfen uns keine Fehler passieren. Darum haben wir auch dafür gesorgt, die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes zu stärken. Auch die wichtige Arbeit des Zolls darf an dieser Stelle nicht vergessen werden. Größere Sorgen habe ich in puncto Zusammenarbeit allerdings, wenn ich nach Europa schaue. Man muss sich die Frage stellen, ob wir auf dieser Ebene die Zusammenarbeit haben, die der aktuellen Bedrohungslage entspricht.

DP: Die Angriffe auf Polizisten nehmen seit Jahren zu. Wo sehen Sie die Ursachen hierfür, und was muss sich in der Gesellschaft ändern?

Schulz: Ich habe bereits von Verro-

„ Wer Angst hat, kann nicht frei leben. “

handlung wieder ein Jahr vergeht und am Ende nichts dabei raus kommt, dann ist das empörend für die Opfer. Der Staat hat hier auch seinen Erziehungsauftrag verfehlt. Strafe muss auf dem Fuße folgen. Die Frage, die ich mir stelle, ist, warum steigt die Gewalt? Da stochern wir doch eigentlich im Nebel. Die PKS sagt uns so was nicht. Ich erinnere mich noch daran, dass Otto Schily den periodischen Sicherheitsbericht eingeführt hat. Das war eine tolle Sache, weil hier viele Berichte zusammengebracht wurden. Damit konnte man arbeiten. Leider gibt es den nicht mehr, seitdem CDU und CSU den Innenminister stellen. Für mich unbegreiflich. Was mir zudem wichtig ist, ist Prävention. Auch hier mussten wir die Schwarzen zum Jagen tragen – mit dem Präventionsgesetz und dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“.

DP: Müssen für kurzfristige Lösungen Bund und Länder nicht viel enger zusammenarbeiten – trotz föderaler Strukturen?

Schulz: Bund und Länder arbeiten zusammen. Dies sieht man zum Beispiel beim Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, welches meiner Ansicht nach der richtige Ansatz ist. Otto Schily hat uns an dieser Stelle gezeigt, wie Zusammenarbeit auch in föderaler Struktur funktionieren kann.

hung gesprochen. Da müssen wir konsequent gegenhalten. Wer das mit der bürgernahen Polizei nicht versteht, der soll die Härte des Rechtsstaates spüren. Ein Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten ist ein Angriff auf diese Gesellschaft. Deshalb war es dringend an der Zeit, dass wir mit dem Gesetz von Heiko Maas eine lange Forderung der GdP umgesetzt haben: Null Toleranz bei Angriffen auf Polizisten und Rettungskräften. Es fehlt vielen offenbar jegliche Empathie, bei dem, was sie da machen. Deshalb finde ich die Aktion der Jungen Gruppe der GdP so großartig. Unter dem Vollschutz steckt ein Familienvater, eine junge Frau – ein Mensch. Es ist erschreckend, aber offenbar muss man einige daran erinnern. Empathie und Respekt brauchen wir, damit das mit der bürgernahen Polizei funktioniert. Im Übrigen eine Erfindung des preußischen Innenministers Grzesinski – ein Sozialdemokrat, der später vor den Nazis fliehen musste.

DP: Viele Polizistinnen und Polizisten beklagen seit Jahren Ausstattung- und Ausrüstungsmängel. Warum reicht es oft nicht, wenn der Bund eine Vorreiterrolle für „seine“ Staatsdiener spielt?

Schulz: Wer an dieser Stelle spart – egal ob im Bund oder in den Ländern, der muss sich fragen lassen, wie er es mit seiner Fürsorgeverantwortung



BUNDESTAGSWAHL

tung für die Beamtinnen und Beamten hält. Eine gut ausgestattete Polizei ist kein Punkt, an dem man diskutieren müsste. Das sind wir den Kolleginnen und Kollegen schuldig, die im Fall der Fälle den Kopf hinhalten müssen. Es hat an dieser Stelle auch ein deutliches Umdenken in den Ländern gegeben. Dabei geht es natürlich an erster Stelle um die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten. Es kann aber auch nicht sein, dass Schutzwesten privat gekauft werden müssen, um zu verhindern, dass man im Sommer die durchgeschwitzte Schutzweste des Kollegen der Vorgängerschicht übernehmen muss. Auch das hat etwas mit Respekt zu tun.

DP: Wie wollen Sie vermeiden, dass für polizeiliche Ermittlungskräfte wichtige Instrumente nicht in die Mühlen der Partelpolitik geraten und dort im-

Rechte unserer Bürger. Mir ist dabei durchaus klar, dass in den wesentlichen Bereichen diesem Kriterium mit dem Richtervorbehalt genüge getan wird. Trotzdem ist die politische Debatte beispielsweise um Quellen-telekommunikationsüberwachung oder Vorratsdatenspeicherung wichtig und richtig. Diese Debatte macht den Kern unserer Demokratie aus und sollte auch geführt werden. Das Ergebnis dieser Debatten sind in sehr vielen Fällen Kompromisse. Und das ist ebenfalls Kern unserer parlamentarischen Demokratie. Dass als Ergebnis dieser Debatten und Kompromisse am Ende praxisuntaugliche Ermittlungsinstrumente entstehen, wie es Ihre Frage aufwirft, kann ich so nicht unterschreiben. Wie erwähnt, bewegt man sich bei diesen Debatten immer auf der Trennlinie zwischen möglichst effektiver Strafverfolgung und dem

kein Politiker, egal welcher Partei oder politischen Ebene, zufrieden sein kann. Schaut man sich entsprechende Umfragen an, so sieht man einerseits, dass das Vertrauen, welches der Polizei in Deutschland entgegengebracht wird, konstant auf einem sehr hohen Niveau ist, während es gegenüber Politikerinnen und Politikern abnimmt. Dafür lassen sich sicherlich sehr viele unterschiedliche Erklärungen finden. Unter anderem eine Entfernung des „Politikbetriebes“ von den wirklichen Problemen in der Bevölkerung und auch inhaltlichen Diskussionen um Themen, die am wahren Leben vorbei gehen.

Ich glaube, dass wir auch in der Politik den Begriff des Respekts zu lange unterschätzt haben. Jede Politikerin, jeder Politiker muss jeden einzelnen Menschen respektieren – unabhängig



SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz

Foto: Photothek

INTERVIEW

mer mehr zur Praxisuntauglichkeit verschlimmbessert werden?

Schulz: Ich denke, dass viele der von Ihnen angeführten Instrumente polizeilicher Ermittlung für die Polizeiarbeit sehr wesentlich sind. Trotzdem sollte man eines nicht vergessen: Viele dieser Instrumente arbeiten im grundgesetzlich geschützten Teil der

Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

DP: Politikern wird, wenn man Umfragen Glauben schenken darf, nicht viel Vertrauen geschenkt. Wie wollen Sie dem begegnen?

Schulz: Es gibt seit einigen Jahren tatsächlich eine Entwicklung, mit der

von Beruf, Herkunft oder Einkommen. Den Busfahrer genauso wie die Professorin, die Rettungssanitäterin genauso wie den Piloten. Ich versuche, diesen Respekt auch zu zeigen. Manchmal werde ich von einigen Kommentatoren dafür belächelt. Aber den Preis muss man dann auch zu zahlen bereit sein.



Gravierende Verschiebungen in einzelnen Straftatengruppen

Auf einer Bundespressekonferenz Ende April in Berlin verkündete Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Besein des amtierenden Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Sachsens Innenminister Markus Ulbig, wenig Erfreuliches. Die durch Zuwanderer verübte Kriminalität habe im vergangenen Jahr überproportional zugenommen, sagte de Maizière bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016. Mit 6,37 Millionen Straftaten seien im vergangenen Jahr in Deutschland nur 0,7 Prozent mehr der Polizei zur Kenntnis gelangt, als 2015 – und das, obwohl die Bevölkerung in Deutschland ist auf 82,2 Millionen auf einen historischen Höchststand gestiegen ist, vor allem durch Zuwanderung.

Die Mehrheit der Tatverdächtigen (75,5 Prozent) ist männlich und die Mehrheit wird nur mit einer Straftat im Jahr polizeilich erfasst (73 Prozent). Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen beträgt etwa 30 Prozent; die Zahl ist 2016 auf 616.230 gestiegen (2015: 555.820). Davon sind 28,3 Prozent Zuwanderer, dies entspricht einem Anteil von 8,6 Prozent (2015: 5,7 Prozent) an allen Tatverdächtigen.

Signifikanter als der Kriminalitätszuwachs sind massive Veränderungen in einzelnen Straftatengruppen. Das Positive: Weniger Wohnungseinbrüche, weniger Ladendiebstähle, weniger Betrugsdelikte. Aber mehr Gewalt aller Art. Bei den Gewaltdelikten gebe es ein Prozent mehr Deutsche, so de Maizière „aber knapp 90 Prozent mehr zugewanderte Tatverdächtige“ im Jahr 2016. 80 Prozent der Zuwanderer, die Opfer einer Gewalttat wurden, seien Opfer der Gewalt eines anderen Zuwanderers geworden.

Mord, Totschlag und Tötung nahmen im Vergleich zu 2015 um 14,3 Prozent auf 2.418 Fälle zu. Die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen stieg um 12,8 Prozent auf 7.919 Fälle an, Vergewaltigungen „überfallartig“ durch Gruppen um 54,1 Prozent auf 225 Fälle und Gruppenvergewaltigungen gar um 106,3 Prozent auf 524 Fälle. Gewalttaten stiegen um 6,7 Prozent auf 193.542, schwere Körperverletzungen um 9,9 Prozent auf 140.033 Fälle.

Dahingegen weisen viele Straftatengruppen zum Teil stark sinkende Tendenzen auf: Raub, Straßenkriminalität, Diebstahlskriminalität, Betrug

und fast zehn Prozent weniger Wohnungseinbrüche.

616.230 nichtdeutsche Tatverdächtige zählt die Statistik insgesamt (um eine Vergleichbarkeit herzustellen sind ausländerrechtliche Verstöße herausgerechnet, da die von Deutschen nicht begangen werden können). Wurden 2015 noch 114.000 straffällige Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Geduldete registriert, waren es im Vorjahr 174.000.

Die Zahl der Straftäter unter Flüchtlingen und Zuwanderern sei höher als im Schnitt der Bevölkerung, so de Maizière. Er verwies darauf, dass es vor allem Täter aus einzelnen Staaten seien, die diese Zahl in die Höhe trieben. Neben den Balkan- und den früheren Sowjetunion-Staaten sind es vor allem Zuwanderer aus den nordafrikanischen Maghreb-Staaten. „Da gibt es nichts zu beschönigen“, sagte de Maizière. Algerier, Marokkaner oder Tunesier fielen demnach durch überdurchschnittlich viele Straftaten auf. Sie seien im Verhältnis zu ihrer Anzahl deutlich krimineller als etwa Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak. IMK-Vorsitzender Ulbig betonte, dass einzelne Intensivtäter unter den Zugewanderten die Statistik verfälschten: „Es ist nicht hinnehmbar, dass eine kleine Anzahl von Zuwanderern das Bild über die Flüchtlinge in der Öffentlichkeit prägt. Und für Sachsen kann ich sagen: circa ein Prozent der Zuwanderer sind für fast 40 Prozent der Straftaten in diesem Bereich verantwortlich.“

Die Diskussionen, die die Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für 2016 ausgelöst haben, lassen an die Worte des ehemaligen

nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor erinnern, der die Polizei einmal als die „politischste aller Verwaltungen“ bezeichnet hat. Längst ist die PKS über ihre Bedeutung als Geschäftsbericht der Polizei hinausgewachsen, in der „bekannt gewordene rechtswidrige Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, die Anzahl der ermittelten Tatverdächtigen und eine Reihe weiterer Angaben zu Fällen, Opfern oder Tatverdächtigen“, wie das Bundeskriminalamt (BKA) dem alljährlichen Bericht vorausstellt, aufgelistet sind – also dem, womit die Polizei im vergangenen Jahr beschäftigt war. Gleichzeitig spiegelt die Statistik das Dilemma wider, in der sich die Autoren befinden: Je detaillierter sie die Entwicklung der registrierten Kriminalität ausleuchten, um sich nicht den Vorwurf einzuhandeln, etwas zu verheimlichen, umso weiter öffnen sich die Tore für Interpretationen aller Art, was die Detaillierung ja gerade verhindern soll.

Wenig Anlass zur Entwarnung gibt auch die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität (PMK), die einen erneuten Höchststand erreicht hat. Der Bundesinnenminister sagte: „Das liegt insbesondere an der deutlichen Zunahme der politisch motivierten sogenannten Ausländerkriminalität um mehr als 60 Prozent. In diesem Bereich werden beispielsweise Straftaten im Namen von ausländischen extremistischen Organisationen wie dem sogenannten IS, der PKK oder der Tamil Tigers erfasst.“

Bei den Straftaten mit rechter Motivation wurden 2016 erneut die höchsten Fallzahlen seit Einrichtung des Meldedienstes vor 15 Jahren verzeichnet. Bei den politisch motivierten Gewalttaten sank die Zahl PMK-links um 24,2 Prozent, während sie im Bereich der PMK-rechts um 14,3 Prozent stieg. Damit liegen nun beide Lager mit jeweils rund 1.700 Gewalttaten gleichauf. Die politisch motivierte Ausländerkriminalität verzeichnet mit 73 Prozent den höchsten prozentualen Anstieg bei absoluten 345 (2015) auf 597 (2016) Fällen.

In 38 Fällen kam es im vergangenen Jahr zu versuchten und in drei Fällen zu vollendeten Tötungsdelikten, die insgesamt 14 Todesopfer erforderten. Davon entfielen zwölf Tote auf den Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016. hol



405